

(Aus dem Verband der freiheitlich-bürgerlichen Gemeinderäte.) In der gestrigen Beratung des Verbandes der freiheitlichen Gemeinderäte erstattete Gemeinderat Dr. S e i n Bericht über den Stand der Brot- und Mehlversorgung. Er und die Delegierten des Verbandes seien sowohl in den Obmännerkonferenzen als auch bei den Besprechungen der Parteiobermänner mit dem Ministerpräsidenten und dem Ackerbauminister für die sofortige Aufhebung der Getreidezölle und einheitliche Festsetzung von Höchstpreisen, insbesondere aber für Erhebungen der Getreidevorräte, energische Durchführung der Requisitionen, Organisation der Verteilung in der gesamten Monarchie und für die nötigen Ersparungsmaßnahmen eingetreten. Diese Maßnahmen sind nun entweder überhaupt noch nicht oder erst zu einer Zeit zur Durchführung gelangt, in welcher sie keine oder nur eine sehr eingeschränkte Wirkung hatten. Nach wie vor fordern wir Beschlagnahme der Vorräte in beiden Reichshälften und organisierte einheitliche Verteilung auf die Konsumenten in Oesterreich und Ungarn.

In der Debatte wurde die Haltung des Obmannes und der Delegierten des Verbandes gebilligt und die Einführung des Getreidehandelsmonopols verlangt. Der Verband erklärte hierauf die bei der Handhabung der Präventivzensur zutage getretenen Mängel, die auf Beseitigung dieser Mängel gerichteten Bestrebungen fanden allgemeine Zustimmung. Der Vorsitzende erwähnte, er habe in der letzten Besprechung der Parteiobermänner mit dem Ministerpräsidenten darauf hingewiesen, daß in Deutschland ein aus den Vertretern der hervorragendsten Blätter gebildeter Zensurbeirat bestehe und daß sich hier die Einführung einer ähnlichen Institution zur Vermeidung von Mißgriffen empfehlen würde. Nach einem Berichte des Vorsitzenden wurde die Notwendigkeit der Abänderung des schon 40 Jahre alten Militärversorgungsgesetzes und der Bestimmungen über die Versorgung der Witwen und Waisen von Offizieren und Mannschaftspersonen besprochen und hierbei auch die Forderung aufgestellt, daß die Unterhaltsbeiträge auch während der zeitlichen Beurlaubung ausbezahlt werden sollten, ebenso daß für die Personen und Familien der dauernd oder zeitlich Superarbitrierten während einer gewissen Uebergangszeit bis zur Erlangung einer neuen Beschäftigung Vorseege getroffen werden sollte. Schließlich teilte der Vorsitzende mit, daß er dem auf dem nördlichen Kriegsschauplatz befindlichen Verbandsmitgliede Bezirksvorsteher Dr. Bl a s e l anlässlich der Beförderung zum Oberleutnant die Glückwünsche des Verbandes übermittelt habe.